

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntage und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbestellung monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßennr. für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Langzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das jeweilige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Tagesausgabe 10 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kein Ultimatum, aber ein Befehl.

Paris, 6. Dezember. (Gaba.)

Zum Beschluß der Vertreter der Großmächte über die Antwortnote auf das deutsche Begehren hinsichtlich des Ausweises der Ratifikationsurkunden und Inkraftsetzung des Friedensvertrages am 1. Dezember bemerkt die offiziöse Agentur Gaba:

Die durch diesen Beschluß erneut bestätigte Einigkeit der Mächte, die unter den Alliierten herrscht, ist die begehrteste Antwort, die auf die Umtriebe der deutschen Regierung gegeben werden kann. Das tiefste Geheimnis über die Rolle der Alliierten wird natürlich noch bewahrt. Wir glauben immerhin mitteilen zu können, daß sie in energischem Tone gehandelt ist und zugleich die wünschenswerten Maßnahmen in Aussicht stellt. Man kann als gewiß annehmen, daß die Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, wie es von Deutschland gewünscht wird, für diesmal abgeschlossen sind. Vielleicht kann man unter diesen Umständen sogar hoffen, daß Deutschland vor

Ende der nächsten Woche zum Austausch der Ratifikation

schritten wird. Bezüglich der Gefangenensfrage erinnert die Note daran, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages die sofortige Freilassung der Gefangenen herbeiführen wird. Hinsichtlich der Versenkung der Schiffe in Scapa Flow und der dafür geforderten Kompensationen wird auf die Einwände der deutschen Delegationen in einer besonderen Note geantwortet.

Der Oberste Rat schließt damit, daß er die deutsche Regierung ausdrücklich auffordert, das Protokoll über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages zu unterzeichnen. Sonst wäre er genötigt, Maßnahmen militärischer Natur zu ergreifen. Angesichts der besonderen Wichtigkeit der Note wird diese von Dutaika dem Chef der deutschen Delegation Hr. v. Lerdner persönlich übergeben.

Ferner wird aus Paris gemeldet:

Nach der heutigen Sitzung des Fünferrats treten die Delegierten der fünf Großmächte zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der sie den Text der Antwort auf die Mitteilung feststellen haben, die Hr. von Lerdner am vergangenen Montag in betreff des Zusatzprotokolls zum Friedensvertrag von Versailles dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutaika gemacht hat. Der Beratung wohnten heute weder Marschall Foch noch Marschall Wilson bei.

Wie der „Temps“ sagt, wird die Antwortnote des Fünferrats von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation persönlich durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz überreicht werden, und zwar jedenfalls erst Montag. Es handelt sich nicht um ein Ultimatum, sondern um eine „Injunction“, wie der „Temps“ sagt, also um einen ausdrücklichen Befehl. In bezug auf Scapa Flow soll noch eine spezielle Antwort auf die von der deutschen Friedensdelegation überreichte Denkschrift nachfolgen. Der „Temps“ glaubt, daß sie die Verantwortlichkeit Deutschlands ohne Zweifel feststellen werde, die die deutsche Regierung vergebens abzuleugnen suche. Sie werde aber auch den Beweis liefern, daß der Oberste Rat nur von Billigkeit gründen befehle sei. Der „Temps“ schließt:

Diese Billigkeitserwägung werden übrigens auf alle Probleme angewendet werden, die Deutschland aufgeworfen hat, und die Regierung von Berlin würde sicher keine Entschuldigung selbst vor den Augen ihres Volkes haben, wenn sie zögern würde, das Nötige zu veranlassen, damit der Friedensvertrag in Kraft trete.

Der Fünferrat beschäftigte sich in der der geheimen Sitzung vorangegangenen Vollsitzung mit der Frage der Erhebung der deutschen Zölle in Goldwährung. Die deutsche Zollbehörde wolle dieses Regime an den kontinentalen und Seezugängen zur Anwendung bringen. Durch diese Frage würden Probleme angeschnitten, die erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ihre Regelung finden könnten.

Herans mit der Sprache!

Im Anschluß an den Marloh-Prozess schreibt Heilmann in der „Soz. Korrespondenz“:

„Die Zweifel, die sich an den Ausgang des Prozesses wegen der Ermordung Liebknecht und Luxemburg knüpfen, werden jetzt fast zur Gewißheit verstärkt. Dort waren die Beteiligten zu der einmütigen Lüge gekommen, die Schulds auf den Jäger Runge und den Leutnant Vogel schob, den geisteschwachen Runge preisgegeben und dem Leutnant Vogel ins Ausmaß zu helfen. Eine neue Untersuchung wird versuchen müssen, den Wall der militärischen Lügengemeinschaft zu durchbrechen und alle wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.“

Es ist uns neu, daß Herr Heilmann, dieser journalistische Feind des rechtssozialistischen Prozesses, Zweifel an den Aussagen des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses knüpft. Während des Prozesses beschimpfte er in wüthender Weise jeden, der Zweifel an der Prozeßführung hegte. Ja, er forderte sogar die Freisprechung der Angeklagten. Jetzt sind ihm die Zweifel an der Prozeßführung „fast zur Gewißheit“ geworden; er spricht von der „einmütigen Lüge“ der Beteiligten und fordert eine neue Untersuchung, um alle wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Die Forderung einer Wiederaufnahme des Verfahrens im Liebknecht-Luxemburg-Prozess und die Einleitung einer Untersuchung, die alle wirklich Schuldigen zutage fördert, ist nicht neu. Diese Forderung haben wir im Namen des revolutionären Proletariats im Namen aller rechtlich denkenden, unabhängigen Menschen von Anfang an vertreten und sind dabei auf den erbittertesten Widerstand der rechtssozialistischen Partei und ihrer Organe gestoßen. Jetzt, nach mehr als einem Jahre kommt auch Herr Heilmann zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer neuen Untersuchung.

Diese Erkenntnis kommt leider zu spät. Wie wir hören, soll das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess unter Ausschaltung des Urteils gegen Vogel, bereits bestätigt sein. Man hat sich daran gewöhnt, daß die Behörden den Kopf, wenn das „Verhängnis“ in diesem Falle zu befehle. Niemand wollte aufscheinen das Obium aufzunehmen, die Verantwortung für die Befestigung des Urteils tragen, die auf einen Freispruch der Mörder

und eine Verhinderung des Wiederaufnahmeverfahrens hinausläuft. Diesem unhaltbaren Zustand soll schließlich Rasse ein Ende gemacht haben, indem er das Urteil bestätigte.

Die gesamte deutsche Öffentlichkeit, die gesamte Kulturwelt hat ein dringendes Interesse daran zu erfahren, ob diese Darstellung zutrifft. Wir verlangen schleunige Aufklärung darüber, ob die Regierung die Verantwortlichkeit gewagt hat, das Schandurteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess durch ihren Rasse befähigen zu lassen.

Wer ist schuldig?

Oberleutnant Marloh rüht sich in seiner Verteidigung darauf, daß er die Ermordung der Matrosen auf Grund der Befehle vorgenommen habe, die ihm Oberst Reinhard und Hauptmann Kessel übermitteln ließ. War er nun auf Grund dieser Befehle verpflichtet, unschuldige Menschen abschlachten zu lassen? Wir behaupten Nein! Ein einfacher Soldat, der die Lage nicht überblicken kann, mag sich auf die mechanische Erfüllung eines gegebenen Befehles stützen können. Bei Oberleutnant Marloh hingegen handelte es sich um einen Offizier, der mit der Führung des Kommandos beauftragt war und die Pflicht hatte, die Sachlage zu prüfen, bevor er zur Handlung schritt.

Ein ruhiger Ueberblick hätte ihn überzeugen müssen, daß die Matrosen nicht in böswilliger Absicht, sondern in Erfüllung einer ihnen erteilten Instruktion erschienen waren. Er hätte die Matrosen über die Gründe ihres Erscheins befragen müssen, und wenn er den Angaben keinen Glauben schenken wollte, hätte eine telefonische Rücksprache mit der Kommandantur oder mit der republikanischen Soldatenwehr, der die Volksmarineabteilung anvertraut war, eine Befestigung der vorgebrachten Behauptungen ergeben. Und damit wäre auch der Gedanke gestrichelt worden, daß die Gefangenen eine Meuterei beabsichtigt hätten.

Oberleutnant Marloh hat diese selbstverständlichen Pflichten eines Führers nicht erfüllt. Er ist vor allem bei der Auswahl der Personen, die er für die Erschießung bestimmte, mit äußerster Rohheit vorgegangen. Auf ihn fällt also das Blut der Ermordeten zurück, wenn natürlich auch erst in zweiter Linie. Denn die Hauptschuldigen an diesem Verbrechen sind Reinhard und Kessel und darüber hinaus Rasse, der durch seine Standrechtsbefehle den Boden für dieses furchtbare Verbrechen geschaffen hat.

Der Parteitag.

Von Rudolf Hilferding.

Die Tagung, die soeben beendet worden ist, wird in vielen Anlaß zu Auseinandersetzungen geben. Diese Auseinandersetzungen sind nötig, und sie sind nützlich, wenn sie dabei alle Parteigenossen ihrer Verantwortung bewußt bleiben und sich bemühen, das sachlich Richtige und politisch Bedeutungsvolle aus den gegensätzlichen Meinungen herauszuschälen. Dann wird die Selbstkritik die notwendige Selbstverständigung innerhalb der Partei erleichtern. Heute wollen wir nur darlegen, worin nach unserer Meinung die Bedeutung dieses Parteitages für die Partei selbst besteht und welchen Gewinn bringt er der Partei.

Als die Unabhängigen Sozialdemokratie in den Novembertagen des Vorjahres endlich Bewegungsfreiheit erhielt, die später durch Belagerungszustand und Verfolgungen nur allzusehr beschränkt wurde, war sie kaum mehr als eine Vereinigung loser Gruppen. Sie verfügte über keinen nennenswerten Parteiapparat, ihre Organisation war schwach, ihre Presse unentwickelt. Heute ist die Partei auf dem besten Wege, zur stärksten proletarischen Partei Deutschlands zu werden. Der unaufhaltsam und rasche Aufstieg hat ihre Gegner links und rechts im Proletariat in schwere Bedrängnis gebracht.

Die konterrevolutionäre imperialistische Politik der Rechtssozialisten stößt immer neue Arbeiterparteien ab; der fürchterliche Marloh-Prozess hat die Rasse-Partei als die Verantwortliche des weißen Schreckens entlarvt, und der Clara-Standal scheint zu bestätigen, daß die politische Korruption sich mit der persönlichen verbunden hat. Die Partei hat jedes politische Ansehen und jede moralische Autorität verloren und hält nur noch mittels des ausgebeuteten Parteiapparates einen Schein von Macht aufrecht.

Anderes, aber nicht besser, steht es um die kommunistische Partei. Sie hat von Anfang an die politischen Möglichkeiten sowohl der deutschen als der Weltrevolution völlig verkannt und trägt an mancher schweren Niederlage des deutschen Proletariats die Schuld. Ihre Gründung hat die revolutionären Kräfte geschwächt und gesplittert, ihr Kampf gegen unsere Partei und ihre Taktik sich als völlig verfehlt erwiesen. Erinnerung man sich noch jener Kundgebungen, in denen der Unabhängigen Sozialdemokratie feierlich der Totenschein ausgestellt und jede Verbindung mit diesem Leichnam abgelehnt wurde?

Genau ist die kommunistische Partei gespalten. Die Zentrale, hinter der nur ein klavner, rechter Flügel steht, muß durch theoretische Ausführungen, die sich mühsam an die alten Lösungen klammern, aber deren tatsächlichen Sinn völlig preisgeben, den Rückzug decken und bekennen, daß sie höchstens mit anderer Phrasologie nur derselben Kampfform sich bedienen kann, die jeder sozialistischen Partei durch die Bedingungen des Massenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft vorgeschrieben sind. Und der linke, augenblicklich noch stärkere Flügel, der sich gegen diesen Rückzug wehrt, hat das Gift des Syndikalismus im Leibe, und sein Schicksal ist das der Zerlegung und der fettenhaften Erstarrung.

In dieser Situation gab es sowohl für die Rechtssozialisten als für die Kommunisten nur eine Hoffnung auf Rettung, die Hoffnung auf eine Spaltung oder innere Zerschlagung der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Der Parteitag hat diese Hoffnung vernichtet. Wir wollen keinen Moment leugnen, daß diese Tagung viele trübsame Momente gesehen hat und über die Ursachen dieser Strifen wird noch gesprochen werden müssen. Aber die Einheit der Partei und ihre Aktionsfähigkeit ist gewahrt worden, und die Partei hat diese schwere Belastungsprobe, der sie unterzogen wurde, in einem Maße, das nicht notwendig und politisch nicht klug war, bestanden. Und das ist das Wesentliche.

Ermöglicht wurde dieses Ergebnis durch den siegreichen Durchbruch der Erkenntnis, daß eine Schwächung der Unabhängigen Sozialdemokratie unter allen Umständen vermeiden werden müsse. Denn sie bedeutete nicht nur ein Unglück für die Partei, sondern ein Unglück für den Sozialismus in Deutschland. Von unserer Partei gilt von der Stunde ihrer Gründung bis zum heutigen Tag, daß sie das einzige Mittel und die einzige Möglichkeit gibt, den Sozialismus durchzuhalten in allen Wirren des Krieges, des Zusammenbruchs und der Revolution. Und deshalb mußte sie demotiviert werden vor schwerer Erschütterung, und deshalb konnte und mußte die Einigkeit ermöglicht werden, so schwer vielen auch die Rückschlüsse werden mochten.

Das es so kam, verdankt die Partei auch den Männern, die sich in den Diensten dieser Erkenntnis gestellt haben und

wie Crispin, mir erfüllt von hingebender Sorge für die Parteiheit und mit Einsatz seiner Person oder wie Dittmann mit Augen, ausgleichendem patriotischen Gefühl die oft zerrissenen Fäden mit nie ermüdender Geduld in den Verhandlungen wieder anknüpft, aufs glücklichste unterstützt durch die kluge und außerordentlich eindrucksvolle Rede, in der Ledebour den Parteitag an die Größe seiner Verantwortung und an die Bedeutung seiner Entscheidungen erinnert.

Wer wie wir die Aussichten des Sozialismus nicht mit jenem hemmungslosen, aller ungünstigen Momente uneingedenkten Optimismus betrachtet, der uns manchmal als allein sozialrevolutionäre Gesinnung angepriesen wird, wird deshalb dieses, nicht leicht erkaufte Ergebnis des Parteitages nicht gering schätzen. Aber auch jene, die meinen, daß schon die allerhöchste Zeit die Endentscheidung bringen müsse, werden einsehen, daß der Sache der Arbeiterbewegung nicht Schlämmeres hätte widerfahren können, als daß durch Beharren auf einseitig festgelegte Formeln die Zerrissenheit des Proletariats vermehrt worden wäre.

Diese Gefahr ist abgewendet. Die Unabhängige Sozialdemokratie bleibt, was sie gewesen ist, die Trägerin des Sozialismus in Deutschland. Und deshalb müssen sich alle, denen es ernst ist um die Sache des Sozialismus, um sie scharen, und keiner darf ihre Reihen verlassen. Die Entwicklung selbst, und die Geschichte, die beste Marginalia, wird dafür sorgen, daß, was heute noch an Unklarheit und Zögerung vorhanden ist, überwinden werden wird, und wir alle haben die Aufgabe, durch immer erneute Prüfung der taktischen und prinzipiellen Probleme dafür zu sorgen, daß in der Zukunft der Partei Krisen erspart werden, die auf dieser Lagung nur zu oft das Gefüge dieser jungen und des sorgenden Verantwortungsbewußtseins aller ihrer Mitglieder noch sehr bedürftigen Partei erschütterten.

Die Entjähierung Roskes.

Von den Auszügen, die Hauptmann Schwabacher als Zeuge im Marien-Prozess gemacht hat, nehmen die bürgerliche Presse und der „Vorwärts“ so gut wie gar keine Notiz. Ein kurzer Auszug, der die wesentlichen Sätze verzeichnet — das ist alles. Man mag zugeben, daß die Ausführungen dieses Offiziers mit dem Prozeßgegenstand unmittelbar nur in einem etwas losen Zusammenhang stehen, um so wichtiger aber sind sie unter allem heimpolitischen Gesichtspunkt, denn sie enthalten Angaben, die für die Beurteilung von Personen und Dingen die allernützlichste Bedeutung besitzen.

Wir haben außerhalb des Prozeßberichts bereits die zureichende Bemerkung hervorgehoben, die der Zeuge über die Art macht, wie die Regierung Anordnungen erläßt und dann für sie nicht eintritt, sondern untergeordnete Organe für die Ausführung der Befehle verantwortlich macht. Aber eine andere Bemerkung ist noch bemerkenswerter. Schwabacher, der es wissen kann, stellt fest, daß vor Unterzeichnung des Friedensvertrages Konflikte angefertigt worden sind, und daß sich in diesen Konflikten Roske sogar über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweggesetzt hat.

Die Tatsache an sich ist nicht neu. Es war uns bekannt, daß bei dem Corps Bismarck der Garde-Kavallerie-Regiment und bei anderen militärischen Formationen im Juni Verzeichnisse von Personen vorlagen, die im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages sofort in Haft genommen werden sollten. Damals rechnete man damit, daß die Regierung den Frieden nicht unterzeichnen werde (die Hand soll verdorren usw.) und daß damit die Unabhängigen, gestützt auf die Volksmassen, die die Durchführung des Krieges nicht wollten, den Einsatz des Roten Schindensorn-Roske mit allen Mitteln bewachen würden. Wir waren im allgemeinen auch darüber unterrichtet, welche Personen die Ehre hatten in diesen Verzeichnissen zu stehen, was wir aber nicht wußten, war, daß die Haftbefehle auf Roske selbst zurückgingen. Wir glaubten, es handelte sich hier um selbständige Vorbereitungen des Freiwilligenkorps, die im Schlimmsten Falle die stillschweigende Zustimmung des Reichswahlministers fanden.

Nun sind wir eines besseren belehrt. Roske ist auch in diesem Fall direkt verantwortlich und es war als Minister der „demokratischen“ Republik ohne weiteres berechtigt, sich rücksichtslos über das parlamentarische Immunitätsrecht hinwegzusetzen.

Da wir uns das Wundern schon längst abgewöhnt haben, setzt uns auch diese Enttarnung nicht weiter in Verlangen. Aber eine Frage ist uns wohl gestellt: Was sagen die rechtssozialistischen Verfasser der Demokratie zu dem soubertigen Plan? Gest am Sonnabend wieder hat Friedrich Stampfer im „Vorwärts“ ein großes Rantement über die Befehle unseres Leipziger Parteitages angestellt, weil durch sie die theilen demokratischen Wähler der Arbeiterbewegung aufs ernstlichste bedroht seien. Möchte er uns nicht einmal sagen, wie er, der Urheber des Verfassungspapiers, das Verhalten Roskes und der nachfolgenden Regierung mit den Grundbegriffen der Demokratie in Einklang bringt? Die Diktatur des Proletariats zu vereiteln, behauptet er, der sich für einen Vertreter proletarischer Interessen hält, doch nur dann ein Recht, wenn er zuvor mit der nicht erst in der Idee, sondern in der Wirklichkeit lebenden Diktatur des Militarismus abgerechnet hätte.

Ein französisches Urteil über die Einwohnerwehren.

Paris, 6. Dezember.

Der Volksrechtler des „Temps“ in Deutschland P. G. S. Ison sendet seinem Blatt eine längere Korrespondenz aus Stuttgart, in der er auf die Frage der Einwohnerwehren und Polizeiwachen zurückkommt. Die Deutschen sagen, die Entente hätte ein Interesse daran, daß der Volkswissenschaft in Deutschland nicht Fuß fassen, denn an dem Tage, an dem dies eingetreten wäre, könnte von der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles nicht mehr die Rede sein, und der Ruin der deutschen Industrie werde automatisch den Ruin der siegenden Länder nach sich ziehen. Das ist die These, die man offiziell nennen könne, sie sei ihm auch in Stuttgart bekannt worden durch ein Mitglied des Bürgerrats. Gemäß müsse die Entente wünschen, daß Deutschland aus dem Kampfe gegen den Volkswissenschaft siegreich hervorgehe, aber sei es notwendig, gegen diese Gefahr einen neuen Militarismus zu erfinden? Sei es notwendig, eine ganze Armee zu mobilisieren, und daß jedes Dorf noch seine Krüger und seine Rotten besitze? Sei es ein solcher Zustand von Kräften und Aktionsmitteln nicht über das Ziel hinaus? Die Umwandlung einer solchen Organisation komme der vollen Instruktion des Systems der bewaffneten Nation gleich, das durch den Friedensvertrag von Versailles formell unterbunden sei. Zur Beweise dessen führt er

eine Mitteilung des Rektors der Universität von Tübingen im vollen Wortlaut an, in der der Senat die Studenten auffordert, sich in die Einwohnerwehren einzuschreiben. Er setzt dann das Funktionieren der Polizeiwache, der Gendarmerie und der technischen Kräfte auseinander und sagt zum Schluß, der deutsche Militarismus habe der Welt genug Menschenleben und Ruinen gekostet, als daß man ihm gestatten könne, auf Umwegen wieder hochzukommen, um selbst einen Schein von Macht zu gewinnen.

Dieses Urteil machte endlich dem Gerede ein Ende, daß die Unabhängigen die Einwohnerwehren, die Zeitfreiwilligen und die Sicherheitspolizei bei der Entente als militärische Organisationen „benutzt“ hätten. Es gehört wirklich nicht viel Scharfsinn dazu, um den trübenden Jovak dieser militärischen Einrichtungen zu erkennen. Dieser tritt so offenkundig zu Tage, daß er dem Auslande gar nicht entgegen kann, was hier geschieht wird. Es kämpt sein Urteil nicht aus der unabhängigen Presse, sondern aus den Tatsachen, die vor aller Welt blöthliegen und durch kein noch so gewichtiges Mandat erschüttert werden können.

Der Revolver.

Die Freunde des Oberst Reinhard sind sich über die Einschätzung seiner Stellung durch den Marien-Prozess im klaren. Aber sie werden alles daran setzen, diese Äußerung und Hoffnung der Reaktion zu halten, und deshalb lassen sie an den Wehrminister durch die „Post“ folgende Warnung ergehen:

Wir verhehlen uns nicht, daß mit der Entlassung des Oberst Reinhard bald zu rechnen ist. Wir fürchten, daß der Reichswahlminister Roske die Unvorsichtigkeit begehen wird, den beharrlichen Treueverleihen von linksradikaler Seite nachzugeben und den Mann fallen zu lassen, dem er auch persönlich so viel verdankt. Nur möge Herr Roske heute schon bedenken, was er damit tut. Auch an ihm wird sich dann das Wort aus dem „Piccolo“ erfüllen: Wenn der Randal fällt, muß der Herzog nach!

Herr Roske weiß also, woran er ist, und er möchte nicht Roske sein, wenn er nicht die „Unvorsichtigkeit“ der Preisgabe Reinhard vermeiden würde.

Immer noch Belagerungszustand?

Die preussische Regierung hat am 5. Dezember die Aufhebung des Belagerungszustandes für Berlin bekanntgegeben. Allerdings war es nicht leicht, die Regierung Strick-Heine zu diesem Schritt zu bewegen. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilen kann, hat die preussische Regierung der Aufhebung des Belagerungszustandes mit allen gegen eine Stimme widersprochen. Sie hat den Widerstand gegen die Wiederherstellung des Rechts erst aufgegeben, nachdem das Reichskabinett an seinem Beschluß festgehalten hat. Dem Militärregiment Roskes und der Roskeien ist damit der ohnehin schon funktionierte Boden des Rechts entzogen worden, das Militärregiment selbst besteht jedoch fort.

So ist das Bureau des Vollzugsrats in der Münzstraße immer noch von Truppen besetzt, obwohl diese Aktion derer um Roske, wenn überhaupt, so nur durch den Belagerungszustand zu rechtfertigen war. Die Aufhebung der Befehle hätte also sofort nach Aufhebung des Belagerungszustandes durch die offizielle Kundgebung der Regierung erfolgen müssen. Statt dessen werden die Vertrauensleute des Vollzugsrates, die sich um die Aufhebung der Befehle bemühen, von den zuständigen militärischen Behörden mit der höflichsten Bemerkung abgewiesen, die nämlich sei von der Aufhebung des Belagerungszustandes nichts bekannt. Wir sehen hierin einen Akt des Widerstandes der in den Kommandobehörden dominierenden Kamarkilla gegen die Zivilregierung und fragen an, wie lange sich diese so etwas gefallen lassen will. Zugleich weisen wir darauf hin, daß es mit einem einfachen, stillschweigenden Zurückziehen der Befehle aus den Räumen nicht getan ist. Es ist Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Räume mit dem Inventar den Beauftragten des Vollzugsrates ordnungsmäßig übergeben werden, und zwar an Hand der Inventarverzeichnisse, die bei der Befehlsaufstellung und von den Beamten, die die Befehlsaufnahme des Inventars vor genommen haben, unterzeichnet worden sind. Es ist das eine Forderung, die wohl mit Recht an die Behörden gerichtet werden kann, die alle ihre Handlungen mit einer eifrigen Vorliebe für die Ordnung begründen. Wozu noch zu bemerken wäre, daß die Ordnung und die Klärung vor dem persönlichen Eigentum bei der ganzen Aktion ohnehin nicht gerade Triumphe gefeiert hat. So sind z. B. den seinerzeit verhafteten Vollzugsratsmitgliedern Polakow, Stolt und Eder bei ihrer Entlassung wertvolle Ledertaschen mit Inhalt, die man ihnen abgenommen hatte, vorenthalten worden. Und nun, da sich die Genossen um die Wiedererlangung ihres Eigentums bemühen, werden sie vom Polizeirat Hennig, dem zuständigen Mann, an den Kriegsgerichtsrat Sohl verwiesen, dem die Gegenstände übergeben worden sind, während Herr Sohl erklärt, daß er nichts davon wolle, worauf Herr Hennig wiederum bei seiner Behauptung bleibt. Und so weiter. Ueber dieses Frage- und Antwortspiel der Herren Sohl und Hennig ist die Angelegenheit noch nicht hinausgekommen.

Und wie die Befehle der Räume, ist auch die Aufhebung des Vollzugsrates durch Roske nunmehr gegenstandslos geworden. Auch dieser Verlust gegen die Koalitionspolitik empfing den Schein von Recht, auf den er sich stützte, nur vom Unrecht des Belagerungszustandes. Die Aufhebung des Belagerungszustandes aber heißt die Aufhebung aller auf Grund des Belagerungszustandes erlassenen Verfügungen ein. Die Regierung sollte so schnell wie möglich eine ergänzende Kundgebung ergehen lassen, damit der Obstruktion der Kamarkilla auch der letzte Vorwand für weitere Verlegungen der verfassungsmäßigen Freiheit genommen wird.

Ein weiteres Merkmal dafür, daß von der Aufhebung des Belagerungszustandes in den Aktenstücken der Kommandobehörden „dienstlich noch nichts bekannt“ ist, sind zwei durch W.L.V. verbreitete Kundgebungen des Oberkommandos, nach denen das Oberkommando die Ver-

breitung einiger Flugblätter genehmigt. Was heißt das? Wenn der Belagerungszustand aufgehoben ist, unterliegt die Verbreitung von Flugblättern nicht mehr der Genehmigung durch Roske. Die beiden Genehmigungen aber sind vom 6. Dezember datiert, während der Belagerungszustand, der den Belagerungszustand aushebt, das Datum des 5. Dezember trägt.

Noch einer!

Wir haben bereits festgestellt, daß der Märzaufruf das Wort von Epiphan und Prokollatoren war, die im Auftrage der Regierung und der militärischen Behörden arbeiteten, um diesen eine Handhabe zu geben, mit den Ueberresten der Revolutionstruppen eine gründliche Abrechnung zu halten und sie mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die bisher vorgebrachten Beweise müssen wir heute durch einen neuen Fall ergänzen. Es handelt sich dabei um den letzten Führer der Volksmarine-Division, Herrn Axel Schmidt, den zu vernehmen das Gericht wohlweislich unterlassen hat. Schmidt stand nämlich vom Anfang seiner Laufbahn an im Dienste der Regierung. Wie der Kriminalnachrichtler Rirschbaum im Marien-Prozess unvorsichtigerweise ausplauderte, hatte Schmidt schon im Januar eine Unterredung mit Oberst Reinhard. Diese nahm einen so guten Verlauf, daß der dornahme Oberst dem kleinen Schmidt zum Schluß die Hand drückte und ihm sagte, wir wollen ein Schulters an Schulters für die Sicherheit Berlins kämpfen!

Die führte nun Schmidt diesen Kampf für die „Sicherheit“ Berlins durch? Er gebärdete sich in der Marine-Division als „Spartakist“, agierte in überabstraktem Sinne und versuchte, die Truppe zu einer baldigen Abrechnung mit der Regierung aufzugreifen. Diese Behauptung, für die wir schlüssige Beweise haben, wird auch durch die Zeugenaussage Hugo Lewin im Marien-Prozess bestätigt. Nachdem Herr Schmidt durch die Niederlegung der Wafren sein Werk gekrönt sah, verstand er von Kessel, arbeitete monatelang im Kriminalgericht und heute — Unterwiesmeister bei der Sicherheitspolizei. Er war u. a. auch bei der letzten Hausdurchsuchung im Vollzugsrat beteiligt, machte sich allerdings, als er trotz seiner Verkleidung erkannt wurde, schleunigst aus dem Staube.

Auch der Epipel Roland, der an den Januarputschen hervorragend beteiligt war, bewaffnete Hausen zum „Vorwärts“ führte und Schreibmaschinen kaufte, um den Roten Soldatenklub des Viechhöfch besichtigten zu können, steht heute im Solde des Berliner Polizei. Man sieht, die Regierung versteht es, sich für die ihr geleisteten Dienste dankbar zu zeigen. Alle Epipel und Prokollatoren haben eine Belohnung in Form eines höheren Ranges oder einer Lebensstellung erhalten.

Die Wirtschaftsfriedlichen.

Die Wirtschaftsfriedlichen haben sich endlich gefunden. Sie erlassen eine Erklärung über ihren Zusammenschluß in einem „Deutschen Gewerkschaftsbund“, durch den die in den Stürmtagen der Revolution entstandene lose Vereinigung der nichtsozialistischen Gewerkschaften eine feste und dauernde Gestalt angenommen habe. Der Bund gliedert sich in drei Gruppen, und zwar in den Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Die Arbeitergruppe bilden die im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bereinigten Verbände. Der Angestellten-Gruppe gehören an: Deutscher nationaler Handlungsgehilfen-Verband, Verband weißlicher Bediensteten und Bureauangestellten, Reichsverband deutscher Bureauangestellten (bisher Reichsverband der Angestellten), Deutscher Techniker-Verband, Reichsverband deutscher Leitungsbeamten, der Wertmehrergruppe des bisherigen Reichsverbandes der Angestellten wird noch erfolgter Verschmelzung mit dem Deutschen Meisterverband als neue Reichsmeisterorganisation eingereiht. Weitere Anknüpfungen stehen bevor. Die Beamten-Gruppe umschließt die im früheren Reichsverband bereinigten Beamten- und Staatsarbeiter-Gewerkschaften. Den Vorsitz im Deutschen Gewerkschaftsbund führt der preussische Volksbildungsminister A. Siegerwald. Stellvertreter sind die Herren Otto Thiel vom Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Mit der Geschäftsführung wurden die Herren Dr. D. Thieszen (früher Direktor eines der größten Angestellten-Verbände, zuletzt Regierungsrat in der Angestelltenversicherung) und Redakteur Wredemann von den christlichen Gewerkschaften betraut. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Kochstraße 9.

Der Wahlsieg in Erlang.

Wie wir bereits kurz meldeten, hat die Unabhängige Sozialdemokratie bei den Stadterneuerwahlen in Erlang einen glänzenden Sieg errungen, der eine entscheidende Abfolge an alle anderen Parteien einschließt, der Rechtssozialisten bedeutet. Sie hat allein die Mehrheit in der Stadterneuerwahlenversammlung errungen. Auf ihre Seite entfielen 13 979 Stimmen gegen 14 229 bei der Nationalwahl im Januar, während die Rechtssozialisten nur noch 9427 Stimmen gegenüber 8009 im Januar und die bürgerlichen Parteien 12 801 gegenüber 14 009 im Januar erhielten. Während die Unabhängigen also fast die alte Stimmenzahl erhielten, hätten die bürgerlichen Parteien über 1000 Stimmen, die Rechtssozialisten aber drei Viertel ihrer früheren Stimmenzahl ein, erlitten also einen völligen Zusammenbruch.

Hilfe für Europa.

Amsterdam, 7. Dezember. „Times“ betont nochmals die Notwendigkeit, Mitteleuropa rasch und ausreichend zu helfen. Wenn die Amerikaner nicht imstande sein sollten, Unterstützung zu gewähren, so werde Frankreich und England nichts anderes übrig bleiben, als die Last auf ihre Schultern zu nehmen und gemeinsam zu tragen, so gut es geht.

Radet aus Berlin abgereist.

Wolffs Telegraphenbureau meldet, daß Radet, der vor einigen Tagen aus der Schuchhaft entlassen worden war, nunmehr Berlin verlassen hat, um an der Dertpaler Konferenz teilzunehmen.

